

niedersachsen *magazin*

Januar/Februar 2023 • 85. Jahrgang

*NBB – Niedersächsischer Beamtenbund
und Tarifunion*



Seite 4 <

**Neujahrsempfang
NBB**

Seite 6 <

**Regionalverband
Wilhelmshaven-
Friesland**

Seite 7 <

**Aktuelles aus
den Mitglieds-
gewerkschaften**



Sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen,

zunächst darf ich Ihnen und euch auf diesem Wege ein frohes, erfolgreiches und vor allem gesundes und friedliches neues Jahr wünschen!

Es ist davon auszugehen, dass auch dieses Jahr, wie wir uns schon fast in diesem Jahrzehnt daran gewöhnen mussten, wenig Aussicht auf Entspannung und leider auch wenig Aussicht auf Besserung der allgemeinen Situation erhoffen lässt.

Die Krisenherde dieser Welt, die Frage der weiteren Entwicklung des Klimawandels und die damit im direkten Zusammenhang stehenden Auswirkungen und leider auch nach wie vor die Frage der weiteren Entwicklung der Coronapandemie – all dies sind Themen, die uns sehr wahrscheinlich auch in den kommenden Monaten wieder intensiv beschäftigen werden.

Insbesondere durch den weiter andauernden Ukraine-Krieg und die sich daraus seit fast einem Jahr ergebenden Konsequenzen dürfte unser Leben und das der direkt Betroffenen auch absehbar weiter beeinflusst bleiben. Aber auch in anderen Bereichen dieser Welt nehmen Auseinandersetzungen und Spannungssituation wieder zu, beispielsweise im Iran oder absehbar erneut in der Balkanregion.

Für unsere Beschäftigten des öffentlichen Dienstes können eben diese bereits existierenden oder sich entwickelnden Krisenherde neue Herausforderungen bedeuten und es gilt schon jetzt, sich auch hier wieder auf entsprechende Szenarien vorzubereiten.

■ Silvesternacht

Zu den leider eher trüben Aussichten für das neue Jahr gehört aber auch die Frage, wie und in welche Richtung sich unsere eigene Gesellschaft weiterentwickelt. Dabei haben mich und viele von uns die Ereignisse der Silvesternacht oftmals schockiert.

Was in Berlin, beispielsweise aber auch in Hannover oder Garbsen, und in vielen anderen deutschen Städten in der Silvesternacht passiert ist, zeigt nicht nur eine Abneigung gegen die Polizei, gegen Feuerwehren und Rettungsdienste. Es zeigt eine Abneigung gegen diesen Staat, seine Institutionen, gegen jegliche Rechtsvorschriften, die Grundlage unserer Demokratie und unseres demokratischen Zusammenlebens darstellen. Und darüber hinaus, genau das macht uns als Gewerkschafter am meisten Sorgen, erleben wir nur eine extreme Ausprägung dessen, was wir seit Jahren beobachten und vor allem seit Jahren anprangern.

Wir haben es aus meiner Sicht bei diesen Geschehnissen nicht mit einem Tagesereignis zu tun, welches sich rein zufällig um die Silvesterfeierlichkeiten rankt. Vielmehr bin ich überzeugt davon, dass

die Silvesterfeierlichkeiten als Ereignis lediglich den erneuten Anlass geben, seine Wut insbesondere an den Repräsentanten dieses Staates – und das sind in erster Linie die Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes – in voller Wirkung und in immer intensiverer Hemmungslosigkeit auszuleben.

Unabhängig von der Frage, welche Kraft in der weiteren Konsequenz Politik und Gesellschaft zu bringen bereit sind, um sich diesen Extremen entgegenzustellen, gebe ich im Rahmen dieser Diskussion immer noch und immer schon einen besonderen Aspekt zu bedenken: Es sind die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und dabei insbesondere die Gewerkschaften des Beamtenbundes, die bereits seit Jahren und teilweise Jahrzehnten genau auf diese Umstände immer wieder hingewiesen haben.

Für unsere Kolleginnen und Kollegen sind diese Auswüchse, die die Öffentlichkeit nunmehr hat zur Kenntnis nehmen müssen, in vielen Fällen nicht neu. Einsatzkräfte der Polizei kennen Gewaltexzesse gegen ihre eigene Person und die mit eingesetzten Kolleginnen und Kollegen bereits seit Jahren. Die Situation der Bediensteten des Rettungsdienstes, der Kolleginnen und Kollegen in den Krankenhäusern, genauso wie oftmals in unseren Justizvollzugsanstalten, haben sich in den vergangenen Jahren bedauerlicherweise absolut vergleichbar entwickelt.

In der Agentur für Arbeit beispielsweise, in den Schulen und insbesondere in den Kommunalverwaltungen mit direktem Bürgerkontakt, bei den Ordnungsämtern und vielen vergleichbaren Stellen erleben wir auch bereits seit vielen Jahren, wie Einzelne dieser Gesellschaft meinen, mit uns umgehen zu müssen.

Hätten Landespolitik und Bundespolitik auf unsere Organisation in den letzten Jahren gehört und entsprechend versucht zu reagieren, anstatt mit immer neuen Dingen zu versuchen, Privatisierungs- und Effektivitätsmaßnahmen umzusetzen, hätten wir jetzt möglicherweise nicht diese Situation.

■ Konsequentes Handeln erforderlich

Ich gehöre nicht zu denjenigen, die nunmehr der Politik absolutes Versagen vorwerfen. Gleichzeitig dürfen wir aber von den politisch



> Alexander Zimbehl,
1. Landesvorsitzender

© NBB

Impressum

Herausgeber: NBB Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion, Raffaelstraße 4, 30177 Hannover. **Telefon:** 0511.3539883-0. **Telefax:** 0511.3539883-6. **E-Mail:** post@nbb.dbb.de. **Internet:** www.nbb.dbb.de. **Bankverbindung:** BBBank Karlsruhe, BIC: GENODE61BBB, IBAN: DE07 6609 0800 0005 4371 56. **Redaktion:** Alexander Zimbehl (1. Landesvorsitzender), Azra Goronczy (Landesgeschäftsführerin). **Redaktionsschluss:** 20.01.2023

Verantwortlich für den Inhalt: Alexander Zimbehl, Raffaelstraße 4, 30177 Hannover. Beiträge mit Autorengabe stellen nicht unbedingt die Meinung des NBB dar.

Verlag: DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Titelfoto: © Getty Images/iStockphoto

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** Dominik Allartz.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigen disposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 27**, gültig ab 1.1.2023.

Bezugsbedingungen: Erscheint 10-mal jährlich. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Jahr 19,90 Euro. Für Mitglieder ist der Bezugspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Bezug nur durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.

Verantwortlichen auf Bundes- und auch auf Landesebene endlich entschlossenes und konsequentes Handeln erwarten. Hierzu gehört auch, die bestehenden Probleme klar anzusprechen und die daraus resultierenden Konsequenzen zu ziehen.

So stimme ich mit dem ehemaligen Innenminister Pistorius hinsichtlich seiner Einschätzungen im NDR zum Jahresbeginn durchaus überein, dass strafverschärfende Regelungen oder ergänzende Verbotshandlungen wenig Sinn ergeben. Unabhängig davon, dass der Rechtsstaat sowohl in strafrechtlicher und strafprozessualer Hinsicht, gleichzeitig auch mit Blick auf die Möglichkeiten der Kommunen, über ausreichende Möglichkeiten verfügt.

Es muss endlich darum gehen, die bestehenden Rechtsrahmen auszuschöpfen und die Justiz in die Möglichkeit zu bringen, ermittelte Täter in einem möglichst engen zeitlichen Zusammenhang zum Tatgeschehen abzuurteilen. Überdies halte ich den durch den ehemaligen Innenminister Pistorius erneut angeregten Weg der Ausweitung der Nebenstrafen, beispielsweise des Führerscheintzugs oder der Anregung von Leistungskürzungen, für ein absolut probates Mittel, damit der Rechtsstaat endlich deutlich macht, dass er sich dieses Treiben zum Nachteil seiner eigenen Beschäftigten nicht gefallen lässt.

Darüber ist aus meiner Sicht eine grundsätzliche Debatte um eine bessere Ausrüstung unserer Kolleginnen und Kollegen wenig zielführend. Es ist eine Selbstverständlichkeit, die Menschen des öffentlichen Dienstes, insbesondere diejenigen die tagtäglich in den Brennpunktbereichen ihren Dienst versehen, angemessen und schützend auszustatten.

Hier ist in weiten Bereichen in den vergangenen Jahres vieles vorangebracht worden, auch wenn dort immer noch die Möglichkeit der Optimierung besteht und durch uns ja immer wieder klar angesprochen wird. Wir müssen uns aber auch in diesem Zusammenhang darüber klar sein, dass eine bessere Ausstattung nicht das Kernproblem an der Wurzel packen und derartige Vorkommnisse verhindern wird.

Sorge macht mir vor allem aber, dass die Ereignisse der Silvesternacht erneut lediglich auf den Anlass und nicht auf das Grundproblem reduziert werden und darüber hinaus in den kommenden Monaten wieder in Vergessenheit geraten.

Der Deutsche Beamtenbund und Tarifunion, genau wie seine Mitgliedsorganisationen, werden dieses Thema nun noch deutlicher und intensiver in den politischen Raum tragen und nicht nur die Bundesinnenministerin und die Innenministerkonferenz an ihre Verantwortung erinnern. Die Gesamtsituation ist für unsere Beschäftigten, neben vielen anderen Belastungssegmenten, mittlerweile dermaßen unerträglich geworden, dass nun konsequentes und zielgerichtetes politisches Handeln gefordert ist.

Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, genau diesen Extremisten die Gewalt gegen diesen Staat und seine Beschäftigten ausüben, die Stirn zu bieten, sie nicht gewähren zu lassen, sondern diesen Staat und seine wehrhafte Demokratie zu schützen. Wir laufen mehr denn je Gefahr, die Handlungsfähigkeit in weiten Bereichen unseres Staates immer mehr zu verlieren, dies können und dies werden wir nicht tatenlos akzeptieren.

■ Tarifrunde 2023

Neben all diesen belastenden Themen wirft im Januar die Tarifrunde des öffentlichen Dienstes für Bund und Kommunen ihre Schatten voraus. Ende Januar findet die erste Verhandlungsrunde in Potsdam statt und die Prognosen für die Verhandlungen lassen aufgrund der Ankündigungen der Arbeitgeberseite wenig Positives vermuten.

Von dieser großen Tarifrunde dürfte sehr viel abhängen. Die gemeinsame Forderung ist bekannt – 10,5 Prozent mehr Einkommen, mindestens aber 500 Euro mehr im Monat. Erwartungsgemäß hat die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) eben die Forderungen als „nicht leistbar“ abgelehnt. Unser Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach hat zu Beginn des Jahres erneut auf die zu erwartende Schwierigkeit der bevorstehenden Verhandlungen deutlich hingewiesen und ebenso klar eventuelle Arbeitskampfmaßnahmen für dieses Frühjahr nicht ausgeschlossen.

Sollten die Prognosen zutreffen, dann dürften auf uns alle sehr intensive erste Monate in diesem Jahr zukommen. Diese Tarifrunde wird allen Beteiligten sehr wahrscheinlich so einiges abverlangen, nicht zuletzt den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern – sollte es tatsächlich zu Streikmaßnahmen kommen.

Es wird unsere gemeinsame Aufgabe von Gewerkschaften und Verbänden sein, den Menschen in diesem Land deutlich zu machen, dass die aufgestellten Forderungen keinesfalls überzogen und maßlos sind. Insbesondere auf die Öffentlichkeitsarbeit wird es ankommen, denn den Menschen in diesem Land muss klar sein, wie sehr jeder Einzelne auf einen funktionierenden öffentlichen Dienst angewiesen ist.

Ich halte den Rückhalt in der Bevölkerung für unsere Forderungen insbesondere deshalb für so wichtig, weil sie neben unserer eigenen Aktionsfähigkeit und der Kraft, für unsere Forderungen einzutreten, das entscheidende Argument sein dürfte, welches die Arbeitgeberseite beeindruckt und möglicherweise zum Einlenken bringen wird.

Für uns alle wird dieses Jahr, insbesondere gewerkschaftspolitisch, ein arbeitsreiches und intensives Jahr werden. Ich wünsche uns allen, dass wir zum Jahresende sagen können, dass das Jahr 2023 ein erfolgreiches Jahr gewesen sein wird. Als Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion werden wir all unsere Kraft genau diesem Ziele widmen.

Ich wünsche uns allen dafür alles Gute!

Ihr/Euer



Alexander Zimbehl



75 Jahre Beamtenbund in Niedersachsen!

Am 11. Januar wurde in Hannover in Anwesenheit vieler Mitglieder der Niedersächsischen Landesregierung, der Fraktionsvorsitzenden des Landtags, des Bundesvorsitzenden des dbb, des NBB-Landesvorstandes und der Ehrenmitglieder des NBB das 75-jährige Bestehen des NBB im Rahmen eines Neujahrsempfangs gefeiert.



die Partner sind dabei die Niedersächsische Landesregierung, der Niedersächsische Landtag und die Ministerien. Zudem gibt es seit dem Jahr 2008 eine Beteiligungsvereinbarung mit dem Land Niedersachsen, danach werden wir bereits im Vorfeld – in der Regel zeitgleich mit der Ressortbeteiligung – bei der Schaffung oder Änderung entsprechender Regelungen intensiv eingebunden.

■ Gründung

Der 1. Landesvorsitzende des NBB, Alexander Zimbehl, ging bei seiner Begrüßung auf die Gründung des NBB ein. Danach ist überliefert, dass die damalige britische Militärregierung am **19. Dezember 1947** die Genehmigung zur Konstituierung der Gewerkschaft „Deutscher Beamtenbund – Landesbund Niedersachsen“ gegeben hat. Die offizielle Konstituierung erfolgte dann im Sommer 1948 durch den Steuerbeamten Artur Hesse, der auch der erste Vorsitzende des neu gegründeten Landesbundes wurde.

Dieser Steuerbeamte Hesse ließ sich – ganz selbstlos – ohne Gehalt beurlauben, um sich dem Aufbau der Organisation mit aller Kraft widmen zu können. Er funktionierte ein Zimmer seiner Wohnung zur Geschäftsstelle um – schon damals also der Vorläufer des Homeoffice – und führte diesen neuen Beamtenbund in Niedersachsen aus Bad Harzburg heraus!

Im Übrigen basierte der Beamtenbund in Niedersachsen zunächst schwerpunktmäßig auf Einzelmitgliedern, da an den Aufbau von Fachgewerkschaften noch nicht zu denken war!

Interessant auch die damalige Beitragsgestaltung, sieht man sie im Verhältnis zu den heutigen Einkünften und Beiträgen: Zu zahlen war ein Eintrittsgeld von einheitlich 1,00 DM, die monatlichen Mitgliedsbeiträge lagen zwischen 0,50 DM und 2,00 DM.

1952, nach einem Wechsel im Vorsitz des Landesbundes, wur-



> NBB-Landesleitung

de die Landesgeschäftsstelle nach Hannover in das Sprengelhaus in der Georgstraße verlegt und der erste Landesbundgeschäftsführer eingestellt. Nach einigen Umzügen befindet sich die Geschäftsstelle seit Dezember 2021 in der Raffaelstraße 4.



> Alexander Zimbehl

Wurden anfänglich nur Beamte organisiert, so sind heute Beamte und Tarifbeschäftigte gleichermaßen Mitglied in den derzeit 40 Mitgliedsgewerkschaften und -verbänden des NBB.

Bei seiner Gründung umfasste der Beamtenbund immerhin schon 6 000 Mitglieder, bereits Anfang der 60er-Jahre war ihre

Zahl auf circa 70 000 Mitglieder angestiegen, heute sind es mehr als 80 000 Mitglieder, die somit die stärkste Beamtenorganisation in Niedersachsen bilden.

Im Laufe der Jahre gab es naturgemäß etliche Satzungsänderungen. Heute hat der NBB keine direkten Einzelmitglieder mehr, Mitglieder sind die Fachgewerkschaften und -verbände.

Auf dem Landesgewerkschaftstag im Oktober 2009 erfolgte dann die Namensänderung in NBB – Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion.

■ Aufgaben

Grundsätzlich hat der damalige Landesbund natürlich mehr oder weniger die gleichen Aufgaben wie heute wahrgenommen. An oberster Stelle: Lobbyarbeit für seine Mitglieder.

Als gewerkschaftliche Spitzenorganisation sind wir heute an der Vorbereitung allgemeiner Regelungen der beamtenrechtlichen Verhältnisse aufgrund § 96 Niedersächsisches Beamtenengesetz (NBG) zu beteiligen;

■ Aktuelle Situation

Alexander Zimbehl ging sodann auf die aktuelle Situation ein und sagte: „Unserer Partner sind die Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes – das sind diejenigen, die tagtäglich ihren Dienst und ihre Kraft in unser aller Gemeinwohl stellen.“

- > Ohne gute Lehrkräfte und Erziehungskräfte gibt es keine Bildung.
- > Ohne unsere Pflegekräfte gibt es keine medizinische Grundversorgung.
- > Ohne gute Finanzbeamte gibt es kein finanzierbares Staatssystem.
- > Ohne gute Polizistinnen und Polizisten keine Sicherheit.
- > Ohne unsere Kommunalkräfte gibt es keine kommunale Organisation
- > Ohne unsere technischen Kräfte keine wirtschaftliche Weiterentwicklung – die wir gerade in diesen Zeiten so dringend benötigen.
- > Oder um es einfacher zu sagen: Ohne den öffentlichen Dienst, seine motivierten und engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ist kein Staat zu machen! Und diesen Staat benötigen wir, wenn wir wirklich weiterhin in Wohlstand und Zufriedenheit leben wollen.“

Er wies darauf hin, dass die Grundvoraussetzungen schwierig und in den vergangenen Jahren mit Sicherheit nicht einfacher geworden sind, die



© NBB/Bischoff (8)

> Dr. P. Specke, U. Silberbach, J. Hamburg, A. Zimbehl (von links)

Menschen in diesem Land dem öffentlichen Dienst aber vertrauen. Die Menschen in diesem öffentlichen Dienst leisten jeden Tag ihre Arbeit dafür, dass dieses Land funktioniert – aber das geht auf Dauer nur, wenn die Menschen in diesem öffentlichen Dienst die Unterstützung der Politik haben, um die vorrangigsten Probleme in den Griff zu bekommen und vielleicht sogar gemeinsam zu lösen.

Und gerade die aktuellen Ereignisse machten wieder deutlich, wie es um diesen Staat und seine Funktionsträger in vielen Bereichen bestellt ist: So zeige das, was in Berlin und in vielen anderen deutschen Städten in der Silvesternacht passiert sei, nicht nur eine Abneigung gegen die Polizei und gegen die Feuerwehren und Rettungsdienste, es zeige eine Abneigung gegen diesen Staat, seine Institutionen, gegen jegliche Rechtsvorschriften, die Grundlage unserer Demokratie und unseres demokratischen Zusammenlebens darstellen!

Der NBB habe vor diesen Entwicklungen bereits seit Jahren gewarnt – wir benötigen daher keine Ad-hoc-Entscheidungen, vielleicht nicht einmal Gesetzesverschärfungen – wir brauchen einen konsequenten Staat der seine Existenz und vor allen Dingen die Menschen, die ihn tragen, schützt, so Zimbehl. „Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, genau diesen Extremen, die Stirn zu bieten, sie nicht gewähren zu lassen, sondern die Exis-

tenz dieses Staates auch in der Zukunft zu gewährleisten!“

Die Herausforderungen, vor denen wir alle gemeinsam stehen, ließen sich aus Sicht des Beamtenbundes an immer wieder den gleichen Schlagwörtern skizzieren: Fachkräftebedarf, demografische Entwicklung, Krisensicherheit und Aufgabenzuwachs.

➤ **Ausblick**

Zum Schluss seiner Rede sagte Alexander Zimbehl: **„Der Niedersächsische Beamtenbund und Tarifunion hat in den vergangenen 75 Jahren immer wieder eines unter Beweis gestellt: Wir reichen dieser Landesregierung die Hand, mit uns gemeinsam als stärkste Beamtenorganisation in diesem Land die vorrangigsten Probleme zu lösen und gemeinsam voranzugehen, um dieses Land besser zu gestalten!“**

Lassen Sie uns gemeinsam in diesen außergewöhnlich schwierigen Zeiten genau daran arbeiten, um dieses Land ein Stück besser zu gestalten und unseren gemeinsamen Auftrag – im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes – voranzutreiben!“



➤ **Grußworte**

Grußworte gab es von der stellvertretenden Ministerpräsidentin und Kultusministerin Julia Willie Hamburg für die Niedersächsische Landesregierung und dem 1. Bundesvorsitzenden des dbb, Ulrich Silberbach.

Frau Ministerin Hamburg dankte namens der Landesregierung dem NBB für eine stets konstruktive Zusammenarbeit und dafür, dass auch das eine oder andere Mal durchaus deutliche Worte von diesem kämen, was aber nicht schade, sondern sogar positiv zu bewerten sei, dass es bei der Fokussierung der Debatte durchaus hilfreich sei.

sammengehören, und auch deshalb haben wir ein großes Interesse daran, dass der Wert des Staates noch stärker steigt und damit auch die Anerkennung.“

Zu den Ereignissen der Silvesternacht formulierte sie ganz klar, dass so etwas nicht zu akzeptieren sei, wies aber auch darauf hin, dass es nicht nur zu diesem Zeitpunkt, sondern immer wieder und in allen Bereichen zu Übergriffen kommt und daher klare Kante gezeigt, eine rote Linie gezogen und gesagt werden müsse: *„Wir akzeptieren dies nicht.“* Diesen Entwicklungen muss gemeinsam entgegengewirkt werden.



> NBB-Ehrenmitglieder u. –Vorsitzender: W. Heilgermann, G. Franke-Zöllmer, R. Neßler, J. Ubben (von links)

Mit Blick auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, sagte sie: *„Sie sind am Ende der Garantie dafür, dass unsere Demokratie funktioniert. Das unser Gemeinwesen funktioniert und dass am Ende auch die Akzeptanz in die Politik, die wir gestalten und der wir Maßgaben vorgeben, überhaupt funktioniert, denn Sie sind die, die unsere Ideen zur Umsetzung bringen und damit zum Funktionieren. Und das heißt: Wir sind zwei Seiten einer Medaille, die meiner festen Überzeugung nach untrennbar zu-*

Bezugnehmend auf die Rede von Alexander Zimbehl erwiderte sie: „Dank dafür, dass Sie, Herr Zimbehl, deutlich gemacht haben, dass das Beamtentum dafür lebt, die Demokratie zum Leben zu bringen, das ist ganz entscheidend. Ich möchte Ihnen auch dafür danken, dass Sie immer wieder Haltung gegen rechts zeigen und deutlich machen, dass Verfassungsfeinde, dass Demokratiefeinde keinen Platz im Beamtentum haben. Auch da werden wir Sie weiter unterstützen, denn unserer Überzeugung nach ist es wichtig, dass wenn wir feststellen, dass Menschen mit einer verfassungsfeindlichen Gesinnung in das Beamtentum eintreten, sie dort auch wieder verschwinden. Denn wenn man für den Staat, wenn man für die Demokratie arbeitet, dann hat man dort als Verfassungsfeind keinen Platz zu haben. Da müssen wir weiter



dran arbeiten, dass wir uns da gegenseitig unterstützen, dass wir Verfassungsfeinde an der Stelle erkennen und rausbewegen aus dem Beamtentum. Ich möchte Ihnen danken, da Sie immer wieder deutlich machen, wie wichtig das ist, weil wir diese gemeinsame Haltung, auch dieses Grenzziehen, brauchen, damit bestimmte Dämme gar nicht erst brechen.“



> Julia W. Hamburg

Auch zum Koalitionsvertrag machte sie einige Ausführungen: „Sie wissen, dass wir uns bemühen, Sie wissen, dass wir Sie sehr anerkennen. Dass Sie immer wieder Punkte benennen, wo es hakt, Sie immer wieder den Finger in die Wunde legen ... Es wird geschaut, wie die Attraktivität der Arbeit gesteigert werden kann, die Bezahlung, die Arbeitsplätze verbessert werden können.“

heitsmanagement, aber auch die Vereinfachung von Gesetzen und Verwaltungsvorschriften.

Auch die Anpassung des Beihilfesystems – die Einführung des sogenannten „Hamburger Modells“ ... stehe auf der Agenda, und ihr sei bewusst, dass dies ein hochumstrittenes Thema sei.

Sie nannte als weitere wichtige Themen die Digitalisierung, Weiterentwicklung der Aus- und Fortbildung und das Gesund-

Sie beendete ihr Grußwort und bat den NBB, die Landesregierung weiterhin zu motivieren und konzeptionelle Hinweise zu

geben. „Es kann nur besser werden für Niedersachsen, wenn wir miteinander arbeiten.“

Anschließend gratulierte auch der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach dem NBB zum 75-jährigen Bestehen. Er ging unter anderem auch kurz auf die amtsangemessene Alimentation ein und sagte: „In den letzten Jahren mussten Beamtinnen und Beamte immer wieder bis zum Bundesverfassungsgericht klagen, um eine

amtsangemessene Alimentation zu erstreiten. Das ist doch ein Trauerspiel. Ich bin froh, dass unsere dbb Landesbünde hier entschlossen dagegehalten. Sie setzten sich mit Fachkenntnis und Leidenschaft für die Interessen der Beschäftigten und damit für ein funktionierendes gesellschaftliches Miteinander ein. Im Fall des NBB sogar schon seit 75 Jahren. Dafür danke ich den Kolleginnen und Kollegen und gratuliere zum Jubiläum.“



30 Jahre Vorstandsarbeit im NBB-Regionalverband Wilhelmshaven-Friesland

Im Dezember 2022 konnten gleich drei Vorstandsmitglieder des NBB-Regionalverbandes Wilhelmshaven-Friesland (vormals der Kreisverband Friesland) auf eine 30-jährige ehrenamtliche Arbeit zurückblicken und erhielten dafür ihre verdiente Ehrung.

Wolfgang Bulla wurde im Dezember 1992 zum neuen Vorsitzenden des Gremiums gewählt. Man kann wohl ohne Übertreibung behaupten, dass er durch seine unzähligen gesellschaftlichen und kulturellen Aktionen zur öffentlich sichtbaren Person der hiesigen Beamtenvertretung wurde, die für die Interessen von Landes- und Bundesbeamten eintritt. Als besondere Highlights sind dabei unter anderem seine Bemühungen für die Vertiefung der

Städtepartnerschaft zu Bydgoszcz mit der Durchführung einer mehrtägigen Gruppenreise zur Partnerschaft, die Busreisen zu den Benefizkonzerten der Bundeswehr in Oldenburg, eine mehrtägige Studienreise nach Berlin sowie eine Kulturreise nach Dresden zu nennen.

Ebenfalls auf der Dezemberveranstaltung im Jahre 1992 erfolgte für Werner Schuppel die Wahl zum Schriftführer im Vorstand. Er übt diese ehren-

amtliche Tätigkeit noch heute aus und sorgt dabei auch für die Kommunikation zwischen dem Vorstand des NBB-Stadtverbandes mit den vielen hiesigen Fachverbänden der Landes- und Bundesbeamten.



> W. Schuppel, W. Bulla, N. Rother (von links)

Letztlich wurde auch Norbert Rother für 30-jährige ehrenamtliche Arbeit geehrt, der im Dezember 1992 zunächst zum Schatzmeister gewählt wurde. Aktuell wirkt der inzwischen pensionierte Zollbeamte als stellvertretender Vorsitzender. Im Jahre 2017 organisierte er hier die Deutschen Zollmeisterschaften, an der etwa 2000 Sportler teilnahmen, und sorg-

te damit für echte Aufmerksamkeit für Wilhelmshaven. Mit einer Grußbotschaft aus Hannover an die Geehrten bedankte sich der Vorstand des Niedersächsischen Beamtenbundes (NBB) für die geleistete Arbeit sowie die langjährige Treue zur Beamtenvertretung.

Dieter Has, stellvertretender Vorsitzender RV WHV-FRI



Aktuelles aus den Mitgliedsverbänden

■ Verband Niedersächsischer Strafvollzugsbediensteten (VNSB)



Während der ersten Plenarwoche des neu gewählten Niedersächsischen Landtags erinnerten Vollzugsbedienstete des VNSB am 14. Dezember 2022 bei Eiseskälte die neue Landesregierung im Rahmen einer kleinen Demo an ihre Zusagen aus dem Koalitionsvertrag.

Besonders aufmerksam gemacht wurde auf den gestiegenen Personalbedarf im Justizvollzug. Zur Erstellung eines belastbaren Personalbemessungssystems wurde seitens des VNSB bereits viel Vorarbeit geleistet und die daraus resultierenden Ergebnisse dem Justizministerium vorgelegt. Die Umsetzung wurde nun eingefordert.

Weiter wurde gefordert, die durch die Anpassung der Stellenobergrenzenverordnung geschaffenen „Spielräume“ – konkret die Anhebung der A9-Stellen von 25 auf 40 Prozent – für den Justizvollzug zu nutzen. Die dadurch jährlichen Mehrkosten von 850 000 Euro sind bereits jetzt durch das Personalkostenbudget gedeckt.

Aus der niedersächsischen Spitzenpolitik hörten den Worten des Landesvorsitzenden Oliver Mageney die Justizministerin Dr. Wahlmann und ihr Staatssekretär Dr. Smolich zu und sicherten unabhängig voneinander ihr Verständnis und ihre zukünftige Unterstützung der Forderungen des Verbandes zu.

In seiner abschließenden Rede an die angereisten Mitglieder machte Oliver Mageney deutlich, dass die Zeit der Vorarbeit beendet ist. Alles Notwendige für die ausstehenden Forderungen ist an den entsprechenden Stellen eingereicht und liegt

dem Landtag und den Ministerien vor. Es liegt nun an der Politik, ihren Worten und Wahlversprechungen Taten folgen zu lassen. In 24 Monaten wird man sehen, inwieweit man sich aus dem Umfeld des Justizvollzuges darauf verlassen kann und wie wichtig der Justizvollzug unserer Landesregierung ist.

■ Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)



Auch in Niedersachsen gab es an verschiedenen Orten und Plätzen in der Silvesternacht teils kriegsähnliche Zustände. DPoIG-Landesvorsitzender Patrick Seegers war in der Nacht selbst im Dienst: „Was sich in dieser Silvesternacht in Niedersachsen und andernorts trotz diverser Beschränkungen und Verbotszonen abgespielt hat, ist an Intensität und Aggressivität so noch nicht da gewesen.“

Auffällig ist, dass die Attacken und Übergriffe vornehmlich von größeren Gruppen junger Männer ausgehen. Im Internet zeigt ein Video aus einem Garbsener Stadtteil einen Brand bekämpfende Feuerwehrleute unter Atemschutz, die mit Böllern beschossen werden, sodass sie sich zurückziehen und den Löscheinatz einstellen mussten.

Als Reaktion auf solche Attacken ist die Feuerwehr teilweise nur noch unter Polizeischutz ausgerückt. Auch Rettungskräfte beklagen ähnliche Szenarien.

„Es ist besonders perfide, dass dort, wo geholfen werden soll, wo Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst für die Gesellschaft eintreten und ihren Job machen wollen, diese attackiert und verletzt werden. Solche Attacken sind auch als das zu bezeichnen, was sie eben sind: Angriffe auf den Staat und unser gesellschaftliches Miteinander“, so Seegers.

Neben personellen Verbesserungen bei der Polizei gehört laut Seegers aber auch der Schutz von Einsatzkräften dazu. Rasche und im Rahmen der Gesetze harte Verurteilungen statt mahnender Worte seien hierbei das einzige Mittel. „Harte Hand statt Samthandschuh – als Gesellschaft dürfen wir so etwas nicht zulassen und müssen uns wehren.“

■ Verband Bildung und Erziehung (VBE)

■ Verband Niedersächsischer Lehrkräfte (VNL/VDR)



Zur Debatte der Schulpolitik am 13. Dezember 2022 erklärte der Vorsitzende des VNL/VDR, Torsten Neumann: „Heute hat die Schulpolitik im Landtag einen breiten Raum eingenommen. Es ging sowohl um die Konsequenzen aus den schlechten Ergebnissen der IQB-Studie unserer Grundschülerinnen und -schüler beim Lesen, Schreiben und Rechnen als auch um die Inklusion.“

Wir alle sind uns einig, dass umgehend Konsequenzen aus der IQB-Studie gezogen werden müssen. Die Ständige Wissenschaftliche Kommission (SWK) der Kultusministerkonferenz hat sich dazu in einem Gutachten eindeutig geäußert. Danach sollen die Grundschulen verstärkt ihren Fokus auf die Vermittlung und das Erlernen der sogenannten „basalen Kompetenzen“ bzw. Kernkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen legen. Das bedeutet, dass der Deutsch- und Mathematikunterricht an Grundschulen erhöht werden muss, auch in Niedersachsen. Ohne sichere Grundlagen in Deutsch und Mathematik ist jedoch ein erfolgreiches Vorankommen in den weiterführenden Schulen nicht möglich. Es

muss umgehend gehandelt werden, Vorschläge und Ideen sind genügend vorhanden.“

Auch der Vorsitzende des VBE äußerte sich unter der Überschrift „Fehlende Investitionen ins Schulsystem führen zur Bildungskatastrophe!“.

„Die Erkenntnisse und Empfehlungen der SWK in ihrem Gutachten zur Zukunft der Grundschule sind längst bekannt und vom VBE immer wieder angemahnt – allein fehlt es am politischen Willen, an der desaströsen Situation bei den basalen Kompetenzen der Grundschulkinder, grundlegend etwas zu ändern“, so Meyer und weiter: „Unser Bildungssystem wird dem Bildungsauftrag nicht mehr gerecht und gehört auf den Prüfstand. Die Kinder und Jugendlichen werden von der Kita über die Grundschule bis in die weiterführenden Schulen von einer Mangelverwaltung zur nächsten weitergereicht.“

Der VBE weist darauf hin, dass es in Niedersachsen nur insgesamt 94 Wochenstunden Deutsch und Mathematik gibt, in Bayern hingegen 104 Wochenstunden. Damit fehlt den Grundschulkindern am Ende der Grundschulzeit bis zu einem halben Schuljahr an Unterricht!

Meyer abschließend: „Die KMK hat eine „intensive Auseinandersetzung mit den Empfehlungen“ angekündigt. Dabei darf es nicht bleiben. Der VBE erwartet, dass die Politik die Verantwortung für die desolate Situation übernimmt und sie nicht den Schulen und Kitas zuschiebt. Es muss endlich gehandelt werden, anstatt dauernd nur zu beschreiben, was längst bekannt ist.“

■ NDR-Interview Hamburg



Kurz vor Weihnachten gab Kultusministerin Hamburg ein Interview im NDR und ver-



sandte einen Weihnachtsbrief an alle niedersächsischen Schulen. Auch dazu gab es Äußerungen der Lehrerverbände.

Zum NDR-Interview des VNL/VDR: „Mit großer Offenheit und Deutlichkeit hat unsere Kultusministerin Julia Willie Hamburg in einem Interview mit dem NDR das bestätigt, wovon wir bereits seit Jahren immer wieder gewarnt haben: Wir haben einen eklatanten Lehrkräftemangel, der nicht von heute auf morgen behoben werden kann. Es ist zu begrüßen, dass Hamburg verstärkt Unterstützungspersonal an die Schulen holen will. Unsere Lehrkräfte müssen endlich wieder zu dem kommen können, was ihre Profession ist, das Unterrichten. Leider wird diese Maßnahme nicht den nötigen Entlastungseffekt bringen, da auch der Arbeitsmarkt für dieses Personal leergefegt ist. ... Wir warnen bei aller Problematik die Kultusministerin vor statistischen Trickereien wie in der Vergangenheit von ihren Vorgängerinnen und Vorgängern immer wieder angewandt.

Durch den verstärkten Zuzug ukrainischer Geflüchteter haben sich die Klassengrößen an vielen Schulen bereits deutlich erhöht. Größere Klassen führen jedoch zu noch größeren Belastungen der Lehrkräfte und gehen zulasten der Schülerinnen und Schüler.“

Zum Weihnachtsbrief titelte der VBE: „Schöne Bescherung: Start zum Einstieg in A 13 für alle fällt 2023 aus!“ Wer gedacht hatte, mit dem Weihnachtsbrief von Kultusministerin Julia Willie Hamburg könnten bildungspolitische Geschenke verbunden sein, der wurde bitter enttäuscht. Für 2023 wird es keine Regelung zu einer besseren Besoldung geben. Das ist frustrierend für alle Lehrkräfte und ein bedrückender Start in das Jahr 2023“, so Meyer in seiner Kommentierung.

Nachdem die Kultusministerin bereits angekündigt hatte, dass der Lehrermangel auch in den nächsten Jahren akut bleiben wird, nun die nächste enttäuschende Nachricht. Es ist zwar

ermutigend, dass das Kultusministerium die Personalmisere nun auch offiziell eingesteht, gleichwohl können wir nicht zehn Jahre auf Verbesserungen warten.

Meyer abschließend: „Die Zeit ist reif für Veränderungen. Es

kann nicht sein, dass Niedersachsen ein Milliardenprogramm zur Abmilderung der Energiekrise beschließt, aber für den Bildungsbereich kein Geld da ist. Die alarmierenden Ergebnisse der jüngsten IQB-Studie sollten alle wachrütteln. Die Politik muss jetzt handeln.“ ■

> Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts

BAG-Urteile zum Arbeitsvorgang müssen umgesetzt werden

Die TdL und das Land Berlin wollten mit ihrer Verfassungsbeschwerde feststellen lassen, dass das Bundesarbeitsgericht (BAG) mit zwei Entscheidungen zum Thema „Arbeitsvorgang“ vom 9. September 2020 (Az.: 4 AZR 195/20 und 4 AZR 196/20) gegen Grundrechte der TdL und des Landes Berlin verstoßen hat. Die Verfahren sollten an das BAG zurückverwiesen werden. Dies hat das Bundesverfassungsgericht nun abgelehnt. Die beiden genannten Entscheidungen des BAG sind daher nach wie vor rechtskräftig und umzusetzen.

Der dbb begrüßt die nun erfolgte Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ausdrücklich. Aus Sicht des dbb sind die beiden BAG-Entscheidungen inhaltlich zutreffend und führen die bereits zuvor erfolgte Rechtsprechung zum Thema Arbeitsvorgang konsequent fort. Er fordert die TdL auf, ihre tarifliche Blockadehaltung mit Hinweis auf das Thema „Arbeitsvorgang“ nunmehr aufzugeben und zu einer konstruktiven Tarifpolitik zurückzukehren.

(Rundschreiben Nr. 13/2022 vom 21. Dezember 2022, dbb Geschäftsbereich Tarif)

Wir nehmen Abschied von Gerhard Zieseniß

Der Seniorenverband BRH (Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen e. V.) und der NBB trauern um ihr Ehrenmitglied Gerhard Zieseniß, der am 6. Dezember 2022 im Alter von 86 Jahren verstorben ist.

Jahrzehntelang hat sich Gerhard Zieseniß durch seine Tätigkeiten in Personalvertretung und Gewerkschaft für die Belange seiner Kolleginnen und Kollegen erfolgreich eingesetzt. Als fairer Verhandlungspartner zeichnete er sich besonders durch sein großes soziales Engagement aus. Darüber hinaus ist er aufgrund seines enormen Fachwissens und seiner persönlichen Kompetenz, gepaart mit seinem feinsinnigen Humor und seiner Empathie für die Sorgen und

Nöte seiner Mitmenschen, in unterschiedlichen Lebensbereichen tätig gewesen. Besonders engagiert war er in seinen Selbsthilfegruppen – unter anderem Prostatakrebs Verden – und hat auch dort vielen Menschen Hilfestellung und Orientierung geben können.

In zahlreichen Seminaren der Landesseniorenvertretung referierte er einfühlsam zu den Themen Erben und Vererben, Pflege, Testament, Vollmachten, um die letzten Dinge des Lebens geregelt zu haben. Sein Ratgeber „Alles geregelt“ ist dazu ein hilfreicher Leitfaden. Auch für die Bundesseniorenvertretung ist Gerhard Zieseniß engagiert tätig gewesen und hat an der Herausgabe des „Notfallordners“ entscheidend mitgewirkt.

Im NBB war Gerhard Zieseniß seit seiner Wahl zum DJG-Vorsitzenden seit Dezember 1970 bis 1989 Mitglied im Landeshauptvorstand des NBB, damals dbb Landesbund Niedersachsen, ab September 1989 bis Mai 2001 war er Beisitzer im Landesvorstand. Aufgrund dieser langjährigen Tätigkeit im NBB wurde er beim Landesgewerkschaftstag im Mai 2001 zum Ehrenmitglied des NBB ernannt.

Der BRH und der NBB sind Gerhard Zieseniß zu großem Dank verpflichtet und schulden ihm Respekt und Anerkennung für seine eindrucksvolle Lebensleistung. Nicht zuletzt wurde sein verdienstvolles Wirken mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland gewürdigt.



© Fam. Zieseniß

Wir werden seine herzliche, offene und aufgeschlossene Art sehr vermissen und werden ihn stets in liebevoller Erinnerung behalten.

Unser tiefes Mitgefühl und unsere herzliche Anteilnahme gelten seiner lieben Ehefrau und seinen beiden Söhnen.

BRH/NBB